

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Wohnungsfrage (Schluß)

Wohnungsmangel und Häusermangel ergibt sich bei uns also nicht als eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern der seit Jahrzehnten herrschenden Wohnungspolitik. Diese begünstigte systematisch das Massenmiethaus und unterband den Kleinwohnungsbau. Die Verwaltungspraxis bei uns überließ den Baugrund der Spekulation. Der Baugrund, der seit Beginn des 19. Jahrhunderts fast restlos in Privathände übergegangen war, wurde ein Objekt gewissenlosen Wuchers. Da der Wert eines Grundstücks bedingt ist durch den Ertrag, so wurde das Grundstück am meisten ausgenutzt, wenn auf kleinem Räume sich ein möglichst hohes Gebäude erhob. Weber das Reich noch die einzelnen Bundesstaaten haben durchgreifende Wohnungs- und Baugesetze, um dem Bodenwucher und dem sinnlosen Kasernenbau entgegenzutreten. Für die meisten Städte galten die Bauordnungen von Berlin als Vorbild. Die in Berlin zuletzt erlassene Bauordnung gestattete die Bebauung von $\frac{1}{4}$ jedes Grundstücks bis zu 5 Geschossen. So wuchsen die endlosen Straßenzellen künstlicher Mietskasernen mit engen, finstern Höfen, mit Neben- und Hintergebäuden aus dem Boden. Groß- und Kleinstädte folgten unterschiedslos diesem Beispiel. Immer dichter Schichten der Bevölkerung wurden immer dichter in die Mietskasernen systematisch hineingezwängt.

Dabei steigt die Ausgabe für die Miete fortgesetzt. Erfahrungsgemäß ergibt sich weiterhin die Tatsache, daß die Ausgabe für die Miete verhältnismäßig um so größer ist, je geringer das Einkommen ist. Die Statistik von Breslau ergab 1900: Bei einem Einkommen bis 420 M betrug die Miete 31,8 Prozent desselben, bei 420-600 M Einkommen 26,8 Prozent, bei 600-900 M 22,4 Prozent, bei 900-1200 M 20 Prozent, bei 1200-1500 M 20 Prozent, bei den höheren Einkommen sank der Prozentsatz der Miete ganz rapid. In Leipzig betrug die Miete vom Einkommen bei 400 M 31,9 Prozent, 400 bis 500 M 29,2 Prozent, 500-600 M 27,9 Prozent, 600-700 M 24,6 Prozent, 700-800 M 23,9 Prozent, 800-950 M 20,3 Prozent, 950-1100 M 18,8 Prozent, 1100-1250 M 17,3 Prozent. In Hamburg von 900 bis 1200 M Einkommen 24,7 Prozent, 1200-1800 M 23,19 Prozent. Eine Rundfrage von Gewerksvereinen ergab als Anteil der Miete am Einkommen für München und Mannheim 30 Prozent, für Dresden 31,5 Prozent.

Die hohen Bodenpreise machen heute den minderbemittelten Schichten den Eigenbesitz unmöglich. Breite Schichten sind auf ganz wenige Haus- und Grundbesitzer angewiesen. Auf 100 Einwohner kommen in den Städten 98 Mieter und 4 Besitzer. Die wenigen Hausbesitzer haben es leicht, sich zusammenzuschließen, die Mietpreissbildung wurde Monopol der Hauseigentümer. Aufsteigen des Lohnes, gute Konjunktur in der Industrie rufen unmittelbar Mietsteigerungen hervor. Heute beträgt die Durchschnittsmiete das $\frac{2}{3}$ -fache der Miete von 1870. Lasten, die die Hausbesitzer tragen, werden auf die Mieter abgewälzt, z. B. der Wehrbeitrag. Der Jahresbericht der Kgl. Preuß. Regierungs- und Gewerkeräte und Bergbehörden (Berlin 1907) kommt zu dem Ergebnis, „daß infolge der Steigerung der Wohnungsrenten und sämtlicher Lebensbedürfnisse im Berichtsjahr die erzielten Lohnerhöhungen und Feuerungszulagen durch Mehrausgaben mindestens ausgeglichen wurden; in einzelnen Bezirken konnte die Lohnsteigerung sogar nicht einmal Schritt halten mit der verteuerten Lebenshaltung.“ 1908/09 stellt ein anderer Bericht sogar „eine empfindliche Steigerung der Mieten bei sinkenden Löhnen“ fest. Eine Sicherung der Mieter gegen willkürliche Steigerung der Mietpreise ist nicht vorhanden. Die zu großen Mietansgaben bringen es mit sich, daß in immer größerem Umfange Familien mit allzu knappen Räumen vorlieb nehmen müssen. Die verheirateten Frauen müssen zur Erwerbung des Lebensunterhaltes immer mehr mitarbeiten. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist von 1895 bis 1907 auf

das Doppelte gestiegen. Andererseits nehmen viele Familien Schlafgänger auf. In Berlin gab es 1906 in fast 80 000 Familien Schlafgänger. Immer mehr zeigt sich, daß die Familien mit den kleinsten Einkommen sich auf die engsten und dürrigsten Räume zu sammenpressen und dafür noch die verhältnismäßig höchsten Mietpreise zahlen müssen.

Die Wohnweise großer Bevölkerungs- kreise weist die schlimmsten Mißstände auf. Etwa 85 Prozent der Großstadtbevölkerung gehört den minderbemittelten Schichten an. Abgesehen von der Ueberbevölkerung der Wohnungen zeigt sich, daß die Wohnweise vieler Familien an den schwersten sittlichen und gesundheitlichen Mißständen krankt. Das Schlafgängerwesen, die enge Berührung der Familien mit fremden Elementen, die ungemessenen Wohnungen lassen ein rechtes Familienleben nicht aufkommen. Wenn die Zahl der jugendlichen Berufsklassen seit 1884 von 31 342 auf 61 825 bis 1910 stieg, so liegt das sicher zum großen Teil an der Verwilderung infolge der mangelhaften Pädagogik. In 10 Jahren gab es in Deutschland 71 648 Minderjährige, die in Fürsorgeerziehung gegeben werden mußten, durchweg aus den großen Städten und aus Familien, die ein Heim und ein Familienleben nicht kennen. Wieviele Familien führen in unseren Städten ein nomadenhaftes Dasein! In einer Großstadt ergab eine Prüfung, daß jedes Jahr 25-30 Prozent aller Haushaltungen die Wohnung wechselten, bei den minderbemittelten waren es zeitweise alle Jahre sogar 40 Prozent. In Leipzig hatten nur 12 Prozent aller Wohnungen länger als 10 Jahre den gleichen Mieter. Abgesehen von den Schäden für das Gemeinleben und die Sittlichkeit des Volkes weisen viele Wohnungen die schlimmsten gesundheitlichen Mängel auf. Bei der Zusammenpressung so vieler Menschen finden Krankheiten und Seuchen den günstigsten Nährboden.

Die Cholera in Hamburg konnte zurzeit nur deswegen so viele Opfer fordern, weil die Wohnverhältnisse äußerst schlecht waren. Es gab dort damals an 6000 Wohnungen mit nur einem heizbaren Raum und je 6 und mehr Personen; über 47 000 Menschen mußten damals so wohnen. Die furchtbaren Ziffern der alljährlich an Tuberkulose Sterbenden, stehen nachweisbar in engstem Zusammenhang mit den ungünstigen Wohnungsverhältnissen. Die Kindersterblichkeit, die in einem Bezirk mit annehmbaren Wohnungen 18 Prozent betrug, stieg in Stadtbezirken auf 35 Prozent. In Baugen waren von 100 schulpflichtigen Kindern 40 Strophulose, in München 31, in Wiesbaden 25, in Leipzig 41, in Schöneberg 62, in Stuttgart (Altstadt) 67 kränklich. Die Mannheimer Ortskrankenkasse zählte von 329 Kranken 101, die kein Bett für sich hatten. Von den Mitglieder einer Berliner Kasse waren 17 Prozent der Lungenkranken mit mehr als 4 Personen in einem Räume zu schlafen gezwungen, 18 Prozent hatten nicht ein Bett für sich allein. Von einer anderen Krankenkasse teilten von 1380 Lungenkranken Mitglieder 1137 mit andern Personen den gleichen Schlafraum, 360 wohnten in nicht heizbaren Räumen, 611 heizten nur mit der Kochmaschine. Eine Untersuchung in Köln ergab, daß von 769 Familien 148 zu 5, 111 zu 6 und 87 zu 6 bis 12 Personen nur einen Schlafraum hatten. Mit einem Bett mußten auskommen 65mal 3, 11mal 4, 3mal 5 Personen, mit zwei Betten 33mal 3, 65mal 4, 45mal 5-7 Personen, mit drei Betten 23mal 5, 25mal 6, 25mal 7-11 Personen. Noch überall, wo bisher derartige Untersuchungen vorgenommen wurden, kam man zu den gleichen traurigen Ergebnissen. Eine ungeheure Summe von Volksgesundheit und Wehrkraft geht infolge des Wohnungselendes alljährlich verloren. Mit Recht sagte jüngst ein Wohnungsstatistiker: „Es wäre ein nationales Unglück, wenn nach dem Kriege die Beschaffung preiswerter und gesunder Wohnungen nicht mit allen Mitteln und mit allen Kräften gefördert würde.“ Ein wehr- und arbeitsfähiges Volk kann nur in gesunden Wohnungen gedeihen.

Die Wohnungsfrage umfaßt also die Mißstände auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung, der Mietpreissbildung und der Wohnweise. Bis heute gibt

es zur Behebung dieser Mißstände fast nur das Mittel der Selbsthilfe in Form der Baugenossenschaften. Die Mitarbeit der Gemeinden ist verschwindend gering, die Gesetzgebung von Reich und Einzelstaaten verlagert fast vollkommen. Die Arbeiterorganisationen haben darum ein brennendes Interesse daran, die auf dem Gebiete des Wohnungswezens vorhandenen Reformbestrebungen zu fördern und auf eine sozialpolitisch gerichtete Wohnungsgesetzgebung zu dringen. Es ist heute schon ein großer Gewinn des Krieges, daß man an eine rationelle, reichs-gesetzlich geregelte Kleinriedlung der Kriegsbeschädigten, die auch auf die anderen Kreise der Minderbemittelten übergreifen soll, mit Ernst herantritt. Dabei werden naturnotwendig die Fragen des gesamten Wohnungsproblems aufgerollt und der Staat wird zu dessen allmählicher Lösung hoffentlich tatkräftig eingreifen.

Wirtschaftsleben und Gewerkschaftsbewegung

In einer Versammlung des Unternehmervereins „Eisenhütte“ am 11. März 1916 in Düsseldorf behandelte Augustin Dackert die englischen Industrieverhältnisse. Nach einem Bericht der „Katholisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 202, 1916) erblühte der Ruhner einen großen Nachteil für die Leistungsfähigkeit der englischen Eisenindustrie in der Nachstellung der Gewerkschaften, unter der die Arbeitgeber sehr zu leiden hätten. Besonders schädlich wirkte die kurze Arbeitszeit, die in der dortigen Industrie üblich sei. Abg. Dr. Deumer spannt den Faden weiter und meinte, die englischen Gewerksvereine entsprächen in keiner Weise der Solidität, die zwischen Kapital und Arbeit bestehen soll, sie sägen den Ast ab, auf dem sie selbst saßen.

Diese Kritik an den englischen Arbeiterorganisationen könnte die deutschen Arbeiter eigentlich kalt lassen; aber man merkt die Absicht und wird verstimmt. Denn in Wirklichkeit soll die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen damit getroffen, als fortschrittshindernd und industrieschädigend hingestellt werden. Dr. Deumer hat diese Absicht auch gar nicht zu verschleiern gesucht. Nach dem vorhin angezogenen Bericht betonte er im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den „Herr-im-Haus“-Standpunkt, den er dahin verstanden wissen will, daß der Unternehmer in seinem Betriebe allein zu bestimmen habe. Er übt weiter an den Geheimräten Kritik und verurteilte den Standpunkt des Reichsamts des Innern über die Bildung von Arbeiterausschüssen. „Wir sollten an den englischen Verhältnissen lernen“, so schlußfolgerte Dr. Deumer, „und die gleichen Rechte mit den Arbeitern auf die staatsbürgerlichen Rechte beschränken.“

Die bekannte schroff ablehnende Haltung gegenüber jeglichem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, wie sie die Großindustrie bisher stets eingenommen hat. Auch der Krieg hat keinerlei Wandlung in dieser rein kapitalistischen Anschauung herbeizuführen vermocht. Der Vorstoß der Eisenhüttenmänner gegen die Geheimräte und das Reichsamt des Innern hat keine besonderen Gründe. Von Regierungsseite ist eine gesetzliche Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Wirtschaftsorganisationen angekündigt. Die Unternehmer bestreben, daß den Arbeitergewerkschaften ein größerer Einfluß im öffentlichen Leben eingeräumt werden könnte. Dem jüden sie frühzeitig vorgeben und schleppen den Bauwau der angeblich industriefeindlichen englischen Gewerkschaften herbei, um die Gesetzgeber in Deutschland mit den „Gefahren“ der gewerkschaftlichen Machtentfaltung zu erschrecken. Das ist der Zweck der Uebung! In Deutschland werden und können diese Bestrebungen keinen Erfolg haben. Zunächst ist es eine bisher unbewiesene Behauptung, daß die Rückständigkeit der englischen Industrie durch die kürzere Arbeitszeit und die Macht der Gewerkschaften verschuldet sei. Nicht auf die kurze Arbeitszeit in England ist der Vorprung der deutschen Industrie zurückzuführen, sondern

auf die Tätigkeit der deutschen Unternehmer und Arbeiter. Die englischen Industrien mit kurzer Arbeitszeit bilden nur einen geringfügigen Teil; sie sind aber gerade dieserigen Gewerbe, die jede Konkurrenz bestehen können, oder wie z. B. die Baumwollspinnereien unerreicht dastehen. Überwiegend sind in der englischen Arbeiterschaft die Ungelernten, die unter elenden Arbeitsverhältnissen leben. Es braucht nur auf den erschreckenden Umfang der Kinderarbeit in England hingewiesen zu werden. Die englischen Zustände sprechen mithin nicht gegen, sondern für den Ausbau der Sozialpolitik.

Uebrigens haben die organisierten Arbeiter Deutschlands vor und während der Kriegszeit den Beweis zur Genüge erbracht, daß sie sowohl den staatlichen wie wirtschaftlichen Notwendigkeiten vollkommene Rechnung zu tragen wissen, daß sie weit davon entfernt sind, den Akt abzulegen, auf dem sie selbst sitzen, wie ihnen Deumer unterstellen müßte. Allerdings haben sie begründete Veranlassung, zur Wahrung der Arbeiterrechte und -Interessen alle verfügbaren Mittel in Anwendung zu bringen. Denn was Herr Daalen von England eingesehen mußte, daß dort vor dem Aufkommen der Gewerkschaften die Arbeiter jahrzehntelang von den Arbeitgebern rücksichtslos ausgenutzt worden seien, trifft vollinhaltlich auch auf Deutschland zu. Ein solcher Zustand aber müßte zur Verleumdung breiter Volksschichten und zur Schwächung der Gesamtnation führen. Das zu verhindern ist der Zweck der Gewerkschaften, die, wie lechthin vom Regierungsrat im Reichstag gesagt wurde, wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.

Allgemeines

Das Oberste Reichsgericht erteilt folgende Kollegen: **Schmidt, Peter**, Polizeibeamter der Verwaltungsstelle Dortmund; **Müller, Fritz**, Polizeibeamter der Verwaltungsstelle Hamm (Münster); **Schäfer, Emil**, Mitglied der Reichsversammlung (Münster); **Peter, Fritz**, Mitglied der Reichsversammlung (Münster); **Peter, Fritz**, Mitglied der Reichsversammlung (Münster). Das Bayerische Mittelverordnungsamt 2. Klasse erhielt der Polizei Jos. Müller, Vertrauensmann der Polizeistelle Gaimhofen bei Augsburg. Dieser konnte er sich der Auszeichnung nicht lange erfreuen, denn er ist am 5. März bereits gefallen.

Einigung im rheinisch-westfälischen Malergewerbe. Nachdem im übrigen Deutschen Reich die Tarifverträge im Malergewerbe unter Zustimmung einer Leuzungszugabe von 6 und 5 Pf. für die Stunde an die Gehilfen verlängert worden sind, haben nunmehr auf Anregung des Reichsamts des Innern auch für das rheinisch-westfälische Malergewerbe Verhandlungen stattgefunden, auf denen es gelang, die noch von der Aussperrung 1913 herkommenden tariflichen Differenzen aus der Welt zu schaffen. Mit Rückwirkung vom 17. März an wird den Gehilfen die gleiche Zulage gezahlt, die im übrigen Deutschland von den Arbeitgebern bereits zugebilligt und bezahlt worden ist. Damit sind im Zeichen des Bürgerfriedens tarifliche Streitigkeiten aus der Welt geschafft, die seit 1913 eine Quelle der Beunruhigung für das Gewerbe bildeten.

Bessere Überwachung des Lebensmittelmarktes. Der preussische Minister des Innern hat am 20. März wegen der polizeilichen Überwachung des Lebensmittelmarktes folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten

und den Oberpräsidenten von Berlin gerichtet: „Verschiebene unerwünschte Erscheinungen, die kürzlich auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sind, geben mir Veranlassung, die Aufmerksamkeit der Kommunal- und Polizeiaufsichtsbehörden auf die Herbeiführung eines besseren Zusammenarbeitens der Gemeinde- und Polizeibehörden in der Bekämpfung des Lebensmittelwunders hinzuwirken. Die Regelung der Versorgung und die Festlegung von Höchstpreisen für die Gegenstände des täglichen Lebensbedarfs ist durch die kriegswirtschaftlichen Verordnungen des Bundesrates und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen den Landeszentralbehörden und den Gemeinden übertragen, die in dieser Arbeit durch die Preisprüfungsstellen entlastet und unterstützt werden sollen. Die Durchführung der von den Gemeinden und den Preisprüfungsstellen getroffenen Anordnungen ist aber nur dann gewährleistet, wenn sie durch eine scharfe polizeiliche Überwachung gesichert ist. Ich verkenne nicht, daß damit den Polizeiverwaltungen eine schwierige Aufgabe erwächst, zumal ihr Personalbestand stark gelichtet ist. Es muß aber Sorge dafür getragen werden, daß die Polizei-Ereignisbeamten über die jeweils geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Regelung der Versorgung und des Verbrauchs, sowie der bestehenden Höchstpreise zuverlässig unterrichtet werden, um gegen Zuwiderhandlungen mit der gebotenen Schnelligkeit und Gründlichkeit einschreiten zu können. Die Herren Regierungspräsidenten (Oberpräsident von Berlin) wollen hiernach unverzüglich die nötigen Anordnungen treffen und die königlichen und städtischen Polizeiverwaltungen mit der erforderlichen Anweisung versehen. Bei den städtischen Polizeiverwaltungen wird der Unterricht der Polizeibeamten zweckmäßig durch den städtischen Dezenten für Lebensmittelfragen erfolgen können. Ich darf erwarten, daß auch in den Städten mit königlicher Polizeiverwaltung die beteiligten Magistratsbeamten und die mit der Erteilung des Unterichts zu betrauten Beamten gern die erforderliche Information erteilen. Ueber den Erfolg der angeordneten Maßnahmen befallt ich mir vor, demnächst einen besonderen Bericht einzufordern.“ — Diese Anordnung ist sehr zweckmäßig; denn mancher behördliche Verordnung steht heute nur auf dem Papier, zum Nachteil der Verbraucher. Man braucht nur darauf hinzuweisen, wie über Nacht manche inländischen Produkte verschwunden waren und nur noch wenige aus dem Auslande angeboten wurden. Natürlich stehen diese erheblich höher im Preis, woraus die Wandlung aus inländischen in ausländische Produkte erklärlich wird.

Wohnungen für Kinderreiche. Die Stadt Neuf beabsichtigt, 50 Einfamilienhäuser für kinderreiche Familien erbauen zu lassen. Der Preis für das Baugrundstück wird sich auf 1000 M für 1000 Quadratmeter, die Baukosten auf 5000 M, der Gesamtwert des Hauses also auf 6000 M stellen. Die Häuser sollen mit Kaufanwartschaft vermietet werden, so daß der Mieter allmählich Eigentümer wird. Für ein Haus müßte der Mieter monatlich einen festen Betrag von 25 M zahlen, falls er keine Anzahlung auf das Haus geleistet hat. In der Annahme, daß die Landesversicherungsanstalt für diesen Zweck das Geld zu 3,5 Prozent darleihen wird, würde die allmähliche Tilgung wenigstens 1,5 Prozent betragen. Ein Kapital, welches mit 3,5 Prozent verzinst und mit 1,5 Prozent zuzüglich der für die gezahlten Tilgungsbeträge ersparten Zinsen getilgt wird, ist in 31 Jahren abbezahlt. Würde die Miete auf 30 M monatlich festgesetzt, also mit 3,5 Prozent verzinst und mit 2,5 Prozent getilgt, so würde der Kaufanwärter schon nach 25 Jahren freier Eigentümer werden. — Es wäre sehr zu begrüßen, wenn das Vorgehen der Stadt Neuf recht viele Nachahmer finden würde.

Von den Preisprüfungsstellen. Seit dem Erlaß der Verordnung, daß Städte über 10 000 Einwohner verpflichtet sind solche mit geringerer Zahl berechtigt sind, Preisprüfungsstellen zu errichten, sind jetzt fünf Monate verflossen, und es soll nicht geleugnet werden, daß die

seitdem geschaffenen Preisprüfungsstellen hier und da weder gearbeitet haben. Daß aber die Preisprüfungsstellen überall das Richtige getroffen und allen auf sie gesetzten Hoffnungen entsprochen haben, muß füglich bezweifelt werden. Insbesondere hört man aus manchen Orten Klagen darüber, daß sich die Preisprüfungsstellen zu sehr für sich abschließen und immer mehr zu einer rein bürokratischen Einrichtung würden. Wirklich geeignet Vertreter der einzelner Interessentengruppen und des praktischen Lebens würden zu wenig herangezogen. Schon in der Reichstagsitzung vom 13. Januar d. J. sah sich der Abgeordnete Marx veranlaßt, auf einige Beispiele hinzuweisen, die keineswegs geeignet sind, das Interesse und das Vertrauen des Volkes zu den Preisprüfungsstellen zu stärken. Die Vertreter der Preisprüfungsstellen werden oft vor fertige Tatsachen gestellt. So erwähnte der Abgeordnete Marx einen Fall, wo in einer Großstadt der Bürgermeister die Vertreter der Preisprüfungsstelle mit den Worten verabschiedete: „Unsere Maßnahmen werden wir Ihnen bekanntgeben; wir werden Ihnen mitteilen, was wir beschlossen haben; weiteres haben Sie nicht zu tun, Sie können ruhig nach Hause gehen.“ In einer anderen Stadt hat der Oberbürgermeister trotz wiederholter gekaufter Wünsche eine Veröffentlichung über die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle ausdrücklich abgelehnt, und in einer weiteren Stadt beschränkte sich der Vorsitzende der Preisprüfungsstelle auf die folgende Kundgebung: „Die Prüfung hat ergeben, daß die Preisbildung hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der in ansehnlicher Menge zum Verkauf gebrachten Waren sich von wucherischen Einschlüssen ferngehalten hat.“ Auf diese Art wird weder das Vertrauen zu den Preisprüfungsstellen selbst, noch der verschiedenen Interessentengruppen zueinander gefördert.

Industrie-Invaliden — „meistens Käufer“. In einem „Nach der Schicht“ betitelten Unterhaltungsblatt, das im Ruhrgebiet verbreitet ist, befindet sich (Nr. 18, 1916) in einem Artikel über Kriegsbeschädigtenfürsorge folgende Behauptung: „Man hat man bei Industrie-Invaliden die Wahrnehmung gemacht, daß von 14 000 Unfallrentnern circa 40 000 Trinker, meistens Käufer sind.“ Gegen diese unerhörte Verdächtigung muß entschiedenste Verwahrung eingelegt werden. Wer hat denn die Trinker und Käufer gezählt, wer hat die Wahrnehmung gemacht, die dieser Pauschalverdächtigung als Unterlage dienen könnte? Auf diese Fragen muß von dem Unterhaltungsblatt „Nach der Schicht“ eine klare Antwort verlangt werden, ehe man in eine sachliche Auseinandersetzung darüber eintreten kann. Daß es unter den Invaliden- und Unfallrentnern Alkoholiker gibt, soll nicht bestritten werden. Dessen gibt es aber in allen Ständen und Volksschichten; auch unter den Leuten, die solche Artikel wie diesen in „Nach der Schicht“ schreiben. Die vorstehende Behauptung aber muß im Interesse der Wahrheit als ungedachte Verallgemeinerung und beweislose Verdächtigung an den Pranger gestellt werden.

Reichsbekleidungsstelle. Bekanntlich sind die Textilwaren in großem Umfang beschlagnahmt worden. Um für die minderbemittelte Bevölkerung bei einer längeren Dauer des Krieges die notwendige Bekleidung, in erster Linie das erforderliche Unterzeug, zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu haben, ist die Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle) eingerichtet worden. Derselben liegt ob die Vorbereitung der zu treffenden Maßnahmen, die Bewirtschaftung der Vorräte und ihre Verteilung und die Sorge für Ersatzstoffe. Die Stelle wird zunächst im Einvernehmen mit der Geeserverwaltung festzustellen haben, was von den beschlagnahmten Textilwaren für die Bevölkerung freigegeben und der Reichsbekleidungsstelle überlassen werden kann. Hiernach wird zu prüfen und zu bestimmen sein, was weiter an Rohstoffen und Halb- und Fertigwaren im Reich zu greifen, und welche Ersatzstoffe zu beschaffen sein werden. Daneben ist der Bedarf zu ermitteln. Nach

Stromab! Stromab! Ich steh am Rand
Des Iffers mit verhalltem Weinen,
Und eine liebe, liebe Hand
Kußt abschiednehmend in der meinen.

Stromab! Stromab! Nun ist's geschah;
Die Welle rauscht, die Segel wackeln.
Ein weißes Schlein ich ich weh'n,
Hör einer Stimme Ruf verhallen.

Stromab! Stromab! Zwei Farben nur
Vertrauen, wo das Schiff gezogen;
Schon überschülen ihre Spur
Die fremden teilnahmslosen Wogen.

O lester Blick! O lester Wort!
Die heße Träne rinst hernieder;
So ziehet Glück und Jugend fort
Stromab, Stromab und kehrt nicht wieder.

Edwig Jahn.

Bei der Schwere Munitionskolonne

In beiden Fällen meines Vaterlandes und auch hier im Jahre ist man zu leicht geneigt, sich von einer Schwere Munitionskolonne und ihrer Tätigkeit auszuheben und solche Vorstellungen zu machen. Schon die Bezeichnung „Schwere“ verleiht manchen dazu, sich spöttisch und verächtlich über die Schwere Kolonnen ohne Unterchied hinanzusetzen. Sie ist nur ein Name, der die Schwere der Aufgabe, die dem Mann zugeteilt ist, andeutet. Die Schwere Kolonne ist nicht ein bloßes Truppel, sie ist ein Teil der Schwere Kolonne, der die Schwere der Aufgabe, die dem Mann zugeteilt ist, andeutet. Die Schwere Kolonne ist nicht ein bloßes Truppel, sie ist ein Teil der Schwere Kolonne, der die Schwere der Aufgabe, die dem Mann zugeteilt ist, andeutet.

Kriegsformation ist, die bei Friedenszeiten nicht besteht und erst bei der Mobilmachung zusammengestellt wird. Ihre Hauptaufgabe besteht in Herbeischaffung von Munition, die sie an die Leichten Munitionskolonnen abgibt. Letztere versorgen die einzelnen Batterien damit. Die Schwere M. K. ist das Bindeglied zwischen der Stappen-Munitionskolonne und der Leichten M. K., die in direkter Verbindung mit den Batterien steht. Daraus ergibt sich, daß sie nicht allzu weit hinter der Front liegen kann. Der heutige Stellungskrieg hat die Schwere M. K. ihrer Hauptaufgabe größtenteils entzogen. Durch das strategisch ausgebauten Eisenbahnen wird die Munition stellenweise mit der Bahn bis in die dritte Feuerzone gebracht. Hier wird sie von der Leichten M. K. abgeholt und den Batterien zugeführt. Die Schwere M. K. ist eine mobile Truppe, die sich stets in Bereitschaft halten muß, damit, wenn der Bahnverkehr unterbrochen wird, sie einspringen kann, um die Leichten M. K. mit Munition zu versehen, resp. im Falle die Leichten M. K. die Batterien nicht genügend versorgen können, die Munition an die Batterien selbst zu bringen.

Die Tätigkeit der Schwere Munitionskolonne ist jetzt eine vielfältige. Sie ist gewissermaßen „Näbchen für alles“ geworden. Zeitweise wird sie abkommandiert zum Fahren von Baumaterialien, Schienen, Eisenbahn, Eisenbahnen, Eisen, Holz, Dachpappe usw., sie wird ferner zum Bau der Schützengraben und Unterstände verwendet und zum Bau der Kolonnenwege an der Front zwischen den Batterie- und Infanteriestellungen. Ferner müssen täglich Geleise gestellt werden zu landwirtschaftlichen Arbeiten. Das Materialfahren auf den schwachen Wagen oder verrosteten Karren ohne Druck stellt außerordentliche Anforderungen an Mannschaften und Pferde.

Auch an der Schwere Munitionskolonnen werden große Anforderungen gestellt. Der größte Teil von ihnen ist täglich

abkommandiert in die Feuerstellungen zum Bau der Schützengraben, Unterstände usw.

Daß die Materialfahrerei sehr oft eine gefährliche Sache ist und die äußerste Anspannung an Mannschaften und Pferde stellt, liegt klar auf der Hand. Durch die feindlichen Flieger und hochstehenden Fesselballons wird jede Bewegung und jede Arbeit zwischen den Stellungen beobachtet und aufgespürt. Die feindliche Artillerie nimmt dann die Zufahrtsstraßen und die im Bau befindlichen unter Feuer. Die Kolonnen sind daher oft ebenso großen Gefahren ausgesetzt, wie auch die Batterien. Wo will der Fahrer hin, wenn der Feind im Gelände herumfunkt und die Straßen unter Feuer nimmt? Er kann nicht ausweichen und sich Deckung suchen, er muß bei seinen Pferden bleiben und ausharren. Mit Recht kann unsere Kolonne stolz sein auf ihre Leistungen während der Offensive im Frühjahr 1915 bei Poel-Cappelle-Dangemark, wo sie im dichtesten Regengüssen die Munition an die Batteriestellungen bringen mußte.

Und diesen Winter! Durch den anhaltenden Regen sind die Wege zu einem schlammigen Brei geworden. Sagen, Röß und Fahrer sehen abends aus wie aus dem Schlamm gezogen. Sehr oft dabei durchnäßt bis auf die Haut. Wer sorgt da für trockene Kleidung, wo man nur eine Garnitur hat?

Das Leben der Munitionskolonnen ist nicht so schön, wie man es sich in weiten Kreisen vielfach vorstellt. Kämpfen wir auch nicht mit der Waffe in der Hand gegen den Feind, so nehmen wir doch mittelbar am Kampfe teil und bilden immerhin ein nicht zu unterschätzendes Glied in der großen Kette unserer Armee auch im heutigen Stellungskriege. Genau wie ein jeder andere Soldat, tun wir unsere Soldatenpflicht auf dem Posten, den uns das Vaterland anvertraut hat für unsere liebe Heimat.

Feststellung des Vorrates, des Zuwachses und des Wertes wird es die Aufgabe der Reichsstelle sein, den Verteilungsschlüssel zu finden. Inzwischen wird über die Form der Vorratsicherung und der Verteilung Entscheidung zu treffen sein. Zur Begutachtung aller Fragen wird der Reichsstelle ein engerer Beirat von Sachverständigen beigegeben werden.

Der Krieg und die Invaliden- und Angestelltenversicherung. Daß die große Zahl der Eingezogenen auf die Einnahmen der Invaliden- und Angestelltenversicherung eine erhebliche Einwirkung ausüben würde, war voranzusehen. Wenn auch die männlichen Versicherten zu einem immerhin erheblichen Teil durch weibliche ersetzt sind, so gehören diese aber meist den niedrigeren Beitragsklassen an. Die Einnahmen genannter Anstalten betrugen in den letzten drei Jahren:

	Invalidenversicherung	Angestelltenversicherung
1913	262 845 836 M.	124 859 000 M.
1914	241 856 604 "	132 522 000 "
1915	203 557 844 "	108 918 000 "

In der Invalidenversicherung brachte die stärkste Einnahme das zweite Vierteljahr 1914 mit 64 933 048 Mark, die geringste das dritte Vierteljahr 1915 mit 47 896 195 M. Die Angestelltenversicherung trat erst am 1. Januar 1913 ins Leben und kam in diesem Jahre nicht vollständig zur Entfaltung. Immerhin gingen im ersten 18 Monatsmonate durchschnittlich 670 000 M. ein. In der Kriegszeit vom August 1914 bis Dezember 1915 gingen nur durchschnittlich 1 810 000 Mark ein. Die schwächste Einnahme brachte der November 1915 mit 8 518 000 M.

Der Umfang der Kartoffelproduktion. Die Reichsstatistik hat jüngst eine Zusammenstellung der Kartoffelanbaufläche und der Kartoffelerträge für die letzten fünf Jahre vorgenommen. Den mitgeteilten Zahlen sei folgendes Resultat entnommen:

Jahr:	Anbaufläche in Hektar	Gesamtertrag in Zentner	Sektorertrag in Zentner
1915	3 572 416	1 078 585 185	313,5
1914	3 386 098	911 301 180	287,4
1913	3 412 201	1 082 423 920	317,3
1912	3 341 608	1 004 180 320	300,6
1911	3 321 470	687 484 500	207,0

Deutschland hat unter allen Staaten der Welt bei weitem die größte Kartoffelproduktion aufzuweisen. Deutschland liefert nicht weniger als ein Drittel der Weltproduktion an Kartoffeln. Nach Deutschland kommt Rußland, welches rund ein Viertel der Welt-Kartoffelernte liefert; die anderen Staaten folgen in weitem Abstande. Die Anbaufläche ist in Rußland zwar um eine Million Hektar größer, als bei uns, jedoch ist der Sektertrag in Deutschland um rund 80 Prozent größer als in Rußland. In Deutschland mit seinen Sekterträgen keineswegs an erster, sondern vielmehr erst an sechster Stelle in Europa. In Deutschland beträgt die mit Kartoffeln bestellte Fläche fast ein Viertel der mit Getreide bestellten, in Rußland dagegen beträgt die Kartoffelfläche nur 5 Prozent der dortigen Getreidefläche.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Stuttgart.

Gipsler!

Bekanntlich hat der Deutsche Arbeitgeberbund auf seiner Generalversammlung beschlossen, die Teuerungszulage schon vom 15. März ab zu bezahlen. Am Samstag, den 25. März, hat auch der Süddeutsche Gipslermeister-Verband in Karlsruhe sich diesem angeschlossen und will die gleiche Zulage bezahlen. Es ist dies zunächst ein Provisorium bis zum 1. Mai. Ist bis dahin keine weitere Regelung in Baugewerbe erfolgt, so sollen Ende April weitere Verhandlungen mit dem Süddeutschen Gipslermeister-Verband erfolgen. Die Zahlung der Teuerungszulage soll vom 1. April für die Gipsler eintreten. Es ist nun notwendig, daß unsere Kollegen darauf bestehen, diese Zulage zu erhalten, und wo man sich weigert, gleich der Bezirksleitung Mitteilung zu machen, damit sofort nachgeholfen werden kann. Unter keinen Umständen dürfen wir uns Verschlechterungen gefallen lassen. Keine Arbeitszeitverlängerung, keine Ueberstunde ohne Zuschlag. Wir würden uns für die Zukunft schwer schädigen. Ueber alles ist der Bezirksleitung sofort Mitteilung zu machen.

Bezirk Bochum.

Tarifverhandlungen für das Dachdecker-gewerbe.

Am Montag, den 27. März, fanden in Duisburg Tarifverhandlungen für das Dachdecker-gewerbe des Rheinisch-westfälischen Industriegebiets statt. Im Sinne des Wortes waren es allerdings keine Verhandlungen, denn die Vertreter der Dachdeckermeister ließen sich auf keine Verhandlung ein. Die organisierten Dachdecker hatten am 28. Februar dem Dachdeckermeisterverbande ihre Forderung eingereicht. Letzterer hatte dann zu dieser Forderung auf seiner jüngsten Generalversammlung Stellung genommen und beschlossen, den Dachdeckern einschließlich der schon im vergangenen Jahre bewilligten Teuerungszulage von 3 Pfennig eine Teuerungszulage von 5 Pfennig zu zahlen. Der Vorsitzende des Dachdeckermeisterverbandes, Herr Peters, Duisburg, gab daher gleich nach Beginn der Verhandlung diese Erklärung ab und betonte, daß die Arbeitgeber nicht mehr bewilligen könnten, und daß sie sich auch mit dem Süddeutschen Dachdeckermeisterverbande solidarisch erklärt hätten. Alles Jureden der Arbeitnehmervertreter, daß die heutigen Verhältnisse in Betracht zu ziehen und daher den Dachdeckern mehr Entgegenkommen zu zeigen, war vergebens. Auch der Hinweis, daß die Kölner Dachdeckermeister ihren Dachdeckern 10 Pfennig, und daß die Bauarbeiter von Groß-Berlin ihren Arbeitern 11, bzw. 14 Pfennig pro

Zur Beachtung! Sonntag, den 9. April ist der 6. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschafter zahlt seine Beiträge pünktlich.

Stunde Teuerungszulage bewilligt hätten, löste bei ihnen nur den Ruf aus: „Das wissen wir schon! Was gehen uns die Köhler an!“

Da die Unternehmer hervorhoben, daß sie heute von den Behörden noch dieselben Preise bekämen, als wie vor drei Jahren, erklärten sich die Arbeitnehmervertreter bereit, mit ihnen gemeinschaftlich an die Behörden, sowie überhaupt an das bauernde Publikum Eingaben zu richten und eventuell bei diesen vorstellig zu werden, damit in Zukunft höhere Preise gezahlt würden. Auch auf diesen gutgemeinten Vorschlag gingen die Unternehmer nicht ein. Sie erklärten wiederholt, an ihrem Beschluß festhalten zu müssen; denn sie hätten keine Lust, sich wieder den Kopf waschen zu lassen, was im vergangenen Jahre in sehr grober Weise geschehen sei, weil sie den Dachdeckern die 3 Pfennig Zulage bewilligt hätten.

Da die Arbeitnehmervertreter das Angebot der Unternehmer ablehnen mußten, wurden die Verhandlungen als gescheitert erklärt.

Jahresberichte der Bezirke

Bezirk Stuttgart. Auch in diesem Jahre hat noch eine Anzahl Kollegen zum Kriegsdienst eintreten müssen, so daß ein großer Teil der Stellen heute vollständig eingegangen ist. Soweit die Zahl- und Verwaltungsstellen heute noch bestehen, geht das Organisationsleben seinen Gang. Die älteren Kollegen machen die Arbeit, so gut und schlecht es eben geht. Diese größeren Schwierigkeiten müssen in den Kauf genommen werden und die Ortsgruppen nach Möglichkeit über den Krieg hinweggerettet werden. Dieses Bestreben, die Organisation aufrechtzuerhalten, zeigt sich denn auch in allen Ortsgruppen. Ein Teil unserer Kollegen arbeitet schon seit Kriegsbeginn nicht mehr im Beruf; sondern hat gleich anfangs Fabriken aufgesucht. Infolge dieses Umstandes ist denn auch in der Agitation ein Stillstand eingetreten, da die Kollegen nicht so leicht zusammenkommen wie im Verufe selbst. Die Bautätigkeit war im allgemeinen nicht schlecht, da sehr viel Staats- und Heeresbauten aufgeführt wurden und zeitweilig sehr starke Nachfrage nach Maurern und Zimmerern herrschte. Für die Gipsler hätte die Beschäftigung besser sein können. Die Arbeitsgemeinschaft hat in Württemberg gar nicht bestanden und in Baden hat man in diesem Jahre auch nicht viel davon gehört. Eine Teuerungszulage wurde auch hier abgelehnt, mit Ausnahme von einigen Firmen, die dringende Arbeiten hatten und so nur der Not gehorchten. Das bekannte Verbot war auch hier erlassen, wonach keine Teuerungszulage bezahlt werden durfte. In der Agitation konnte sehr wenig Erfolg gebucht werden, besonders nicht in den Orten, wo wir noch gar nicht vertreten sind. Die Kollegen, mit denen etwas zu erreichen wäre, sind alle im Felde und mit den älteren Kollegen ist bekanntlich nicht viel anzufangen. Sie haben einmal den Einwand, daß sie für die Organisation zu alt seien. Wenn diese Kollegen nicht durch die jüngeren Kollegen mitgerissen werden, dann organisieren sie sich nicht. Wir haben es auch in diesem Jahre an Versuchen in den Orten, wo wir noch nicht vertreten sind, nicht sehen lassen. In der inneren Arbeit der Zahlstellen konnte auch nicht mit dem notwendigen Erfolge gearbeitet werden, da alle paar Wochen ein anderer Kollege an die Arbeit mußte. War einmal ein Kollege etwas eingearbeitet, so wurde er auch schon wieder geholt und ein anderer mußte wieder eingearbeitet werden. Besonders die Kassengeschäfte leiden unter dem häufigen Wechsel sehr. Die Kollegen mögen den besten Willen haben, sie brauchen immer eine Zeit, wo sie sich einarbeiten müssen. Die meisten Schwierigkeiten entstehen bei der Buchführung. Hier muß denn auch stets nachgeholfen werden. Die Tätigkeit war demnach auch in diesem Jahre viel den Kassengeschäften gewidmet. Es haben stattgefunden: 11 Verwaltungsstellenberausungen, 14 Zahlstellenberausungen, 4 Zahlstellenbesuche, 9 Vorstandssitzungen, 7 Sitzungen mit anderen Berufen, 3 Konferenzen, 24 Kasserevisionen, 28 Hausbesuche, 6 Untersuchungen in der Wohnfrage, 8 Vertrauensmännereinsparungen, 3 Hausagitationen wurden vorgenommen, 6 Baucoragitationen, eine Vertretung am Gewerbegericht und eine Vertretung in einer Krankenkassenstreitsache. Das wäre kurz, was von hier berichtet werden könnte. Trotz der großen Zahl Kollegen, die eingetreten sind, hat es eine Menge Kleinarbeit zu tun gegeben. Manche Hausbesuche mußten gemacht werden, um die Kollegen wieder einmal zusammenzubringen und sie zur Mitarbeit zu veranlassen. Wir hoffen, daß diese Arbeit nicht umsonst gemacht wurde, und die Kollegen in diesem Jahre alle mitarbeiten, und nicht nur die Bestände zu erhalten suchen, sondern auch noch neue Kollegen hinzugewinnen. Besonders der jugendlichen Kollegen muß sich angenommen und sie für die Organisationen gewonnen werden. Allen, die im vergangenen Jahre mitgearbeitet haben, sei auch von dieser Stelle Dank gesagt, mit der Bitte, auch in diesem Jahre nicht zu verjagen und ihre Kraft der Organisation zu leihen. Wenn alle mitarbeiten, werden auch die älteren Kollegen die Arbeit machen können, die notwendig ist zur Erhaltung der Organisation. Es sollte ihnen Vergnügen machen, wo die jungen Kräfte draußen mit dem Schwerte kämpfen, um die Heimat zu verteidigen, sie in der Heimat kämpfen, um das zu erhalten, was unsere draußen kämpfenden Kollegen mit aufgebaut haben. Tue jeder an seinem Platze seine Pflicht, dann wird es keinem zu schwer und am Jahreschluß ist

noch etwas erreicht. Denke keiner, auf mich kommt es nicht an, — jeder einzelne gehört zum großen Räderwerke, und daher darf keiner verjagen, wenn nicht Stöckung und Störung eintreten soll. Darum: auf, an die Arbeit!

Stuttgart, im März 1916.

Jos. Kreuz.

Unsere Kriegswaisenfürsorge!

Daß jede Kriegswaise, die den Ernährer und Beschützer dem Vaterlande hat opfern müssen, Anspruch auf besondere Fürsorge hat, ist für uns Deutsche etwas ganz Selbstverständliches. Gewiß wird das Reich unsere Kriegswaisen in würdiger Weise vor Not schützen, die staatliche Fürsorge wird aber auch hier über ein gewisses Maß, z. B. schon über eine bestimmte Altersgrenze, nicht hinausgehen. Lehre, Studium oder sonstige Ausbildung der Jungen und Mädchen, ihre Ausstattung beim Eintritt in das Leben, die Konfirmation oder Kommunion, Aussteuer verlangen aber weitere Mittel.

Hier eröffnet sich ein weites Feld für die freiwillige Fürsorge, die über die Fragen der Gegenwart die Erforbernisse der Zukunft nicht vergessen möchte.

Männer- und Frauenvereine jeder Art, industrielle und kaufmännische Unternehmungen, politische und kirchliche Gemeinden wie auch Einzelpersonen, namentlich Junggefallen, alleinstehende Frauen, kinderlose Ehepaare usw., können als Kriegswaisen mitwirken, die den Kriegswaisen gegenüber doppelt schwer wiegende vaterländische Dankeschuld abzutragen.

Einen empfehlenswerten Weg bietet unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung mit ihrer neugeschaffenen „Deutschen Kriegswaisenfürsorge“, die sie als Wohlfahrtsunternehmen betreibt und auf die Zwecke einer freiwilligen, sozialen Kriegswaisenfürsorge besonders zugeschnitten hat.

Bei möglichst kleinen Beiträgen sollen möglichst hohe Summen geboten werden. Der Charakter als Wohlfahrtsunternehmen kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Beiträge voll und unverkürzt mit Zins und Zinseszins bis zu 4 Prozent den überlebenden Kriegswaisen zugute kommen, während lediglich die 4 Prozent übersteigenden Zinsen zur Deckung der Unkosten verwendet werden. Die tarifmäßig garantierte Versicherungssumme erhöht sich daher um die Ueberschüsse aus dem Sterblichkeits- und Zinsgewinn, die, wie gesagt, auf die überlebenden Kriegswaisen restlos verteilt werden. Werden z. B. für eine 5 Monate alte Kriegswaise einmalig 102 Mark eingezahlt, so gewährt die Deutsche Kriegswaisenfürsorge nach Ablauf von 16 Jahren die garantierte Versicherungssumme von 200 M und außerdem die Ueberschüsse aus dem Sterblichkeits- und Zinsgewinn: der jährliche Beitrag für die gleiche Summe würde 9 M, der halbjährliche Beitrag 4,60 M betragen.

Zulässig ist eine Versicherungssumme von 50 M bis zu 2000 M auf das Leben der einzelnen Waise. Vereine, Korporationen usw. können die Beiträge einmalig, halbjährlich und jährlich, Einzelpersonen jedoch nur in einer Summe einzahlen. Für solche Einzelpersonen, die laufende Beitragszahlung vorziehen oder z. B. zu der laufenden Beitragszahlung der Mutter oder des Vormundes zugunsten einer Kriegswaise einen Teil beisteuern wollen, bietet die bekannte und bewährte Versorgungs- und Kinder-Versicherung nach Tarif III und IV außer unserer gemeinnützigen Volksversicherung günstige Gelegenheiten.

Die letztgenannten Tarife werden bekanntlich von anderen Unternehmungen ausschließlich als Kriegspatenversicherung empfohlen, während unsere Volksversicherung mit der „Deutschen Kriegswaisenfürsorge“ die nötige Ergänzung dieser beiden Tarife ins Leben gerufen hat und somit durch umfassende Versicherungseinrichtungen allen Möglichkeiten gerecht wird.

Wohnrenten für Kinderreiche und Sparpflicht vor der Heirat

Die Sorge für einen gesunden Nachwuchs beschäftigt heute mehr denn je alle Kreise, denen die Zukunft unserer Nation am Herzen liegt. Im engsten Zusammenhang mit allen Hoffnungen und Bestrebungen auf diesem Gebiet steht die Wohnungsfrage, insbesondere für die minderbemittelten Kinderreichen Familien. Sehr beachtenswerte Vorschläge für eine großzügige Lösung dieser überaus schwierigen Frage macht Professor Benedict Schmittmann im Märzheft (1916) der „Deutschen Arbeit“, der neuen Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Der Verfasser geht mit Recht von dem Grundgedanken aus, daß das Wohnungsproblem eine Geldfrage ist, für Kinderreiche eine Geldfrage im verschärften Maße. Daher müsse der Besitzlose befähigt werden, „mit steigendem Kinderreichtum progressiv mehr für die Wohnung aufzuwenden, weil mit jedem Kinde die Anforderungen an die Größe der Wohnung zunehmen, gleichzeitig aber die Kaufkraft des Mietgeldes sinkt. Nur wenn mit steigender Kinderzahl steigende Mittel für die Miet zur Verfügung stehen, und größere Sicherheit ihres Einganges gewährleistet ist, wird dem Vermieter ein Ausgleich geboten für die stärkere Abnutzung der Wohnung durch die größere Personenzahl.“

Um das zu ermöglichen, schlägt Schmittmann eine öffentlich-rechtlich organisierte Sparpflicht vor der Heirat zur Erwerbung des Anrechtes auf eine mit der Kinderzahl progressiv steigende Wohnrente vor. Die Sparpflicht sei organisch mit der Invalidenversicherung zu verbinden, die Beiträge von allen ledigen Versicherten durch Doppelmarken zu erheben. Für die Jugendlichen müßte die Sparpflicht beginnen mit der Uebernahme einer Beschäftigung gegen Lohn oder Gehalt. Die Auszahlung der Renten hätte wie bei den Invalidenrenten zu erfolgen, müsse aber auch an den Vermieter überwiesen werden können. In den Wohnrenten würde auch ein Zuschuß des Reiches in Frage kommen; ob Mittel

